

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Rechnungshof kritisiert Jobcenter](#)
2. [Trump kommt und arm bleibt arm](#)
3. [Bedienung, bitte!](#)
4. [Europäisches Semester: Das Problem heißt Schäuble](#)
5. [CETA: Schulz will nur Ja-Sager zu Wort kommen lassen](#)
6. [Autobahnen: Investieren statt privatisieren](#)
7. [Merkel: Beim Datenschutz nicht übertreiben](#)
8. [PIAV, der Polizeiliche Informations- und Analyseverbund ist krachend gescheitert - der Bundesinnenminister entwickelt neue \(alte\) Visionen](#)
9. [Unsicherheit am Hindukusch](#)
10. ["Viele Geflüchtete sind hoch motiviert zu arbeiten"](#)
11. [Die Zahl der Flüchtlinge aus Libyen und die Zahl der Ertrunkenen steigen](#)
12. ["Ein gespaltenes Land"](#)
13. [Der Militarisierungshelfer](#)
14. [Sexualisierte Gewalt auch im Leistungssport](#)
15. [Profitable Schulen: Nationaler IT-Gipfel stellt Weichen](#)
16. [Das Letzte: Ackermann will nicht auf umstrittene Boni verzichten - aus Solidarität](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Rechnungshof kritisiert Jobcenter**

Mehr als 1,7 Millionen Hartz-IV-Empfänger in Deutschland sind arbeitslos. In den Jobcentern wird deshalb viel Geld investiert, um diese Menschen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Sie werden weitergebildet, sollen sich mit Ein-Euro-Jobs an einen normalen Arbeitsrhythmus gewöhnen oder nehmen an bestimmten Eingliederungsprogrammen teil. Doch was kommt dann?

Im Idealfall sollen sie danach eine Arbeit finden. Die Mitarbeiter in den Jobcentern sind deshalb angehalten, mit den Teilnehmern an solchen Programmen Gespräche zu führen, ihr Bewerberprofil zu ergänzen und eine Strategie für die Jobsuche zu finden. "Absolventenmanagement" nennt das die Bundesagentur für Arbeit (BA). Doch genau

das funktioniert oft nicht gut. So sieht es der Bundesrechnungshof (BRH) in einem Prüfbericht, der der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Darin wird festgestellt, dass die Betreuung der Hartz-IV-Bezieher, die an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilgenommen haben, "noch deutlich verbesserungsbedürftig" sei. Dem Prüfbericht zufolge sind die Förderprogramme "oft nur zufällig erfolgreich". Werden die Ergebnisse daraus nicht berücksichtigt, blieben die "mit hohem finanziellen Aufwand der Jobcenter und großem persönlichen Einsatz der Leistungsberechtigten erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten oft nutzlos". Die Mängel seien "ein wesentlicher Grund dafür, dass arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und anschließende Vermittlungsbemühungen wirkungslos bleiben". Stefan Sell, Professor für Sozialpolitik an der Hochschule Koblenz, spricht von "verschwendetem Geld". Laut BRH kosten die Maßnahmen pro Teilnehmer im Durchschnitt zwischen fast 700 Euro (Ein-Euro-Job) und knapp 6000 Euro (Weiterbildung).

Quelle: [Süddeutsche](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Dass die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oftmals nutzlos sind und damit wirkungslos bleiben, ist eigentlich bekannt. Mit dem Bericht des Rechnungshofes erhärtet sich einmal mehr der Verdacht, dass es in den Jobcentern nicht um Förderung, sondern nur um die Aufrechterhaltung des Sanktionsregimes geht.*

2. Trump kommt und arm bleibt arm

Es deutet wenig darauf hin, dass Donald Trumps künftiger Wirtschaftskurs denen hilft, die in ihn die größten Hoffnungen setzen. Darin liegt auch eine Chance - für die Zeit danach. Zu den häufigsten Ausrufen seit Donald Trumps Wahlsieg vor gut zehn Tagen gehört der entrüstete Vorwurf, dass das keiner vorhergesagt hat. Meist gefolgt von Wehklagen über Meinungsforscher, Eliten und Medien. Was ein bisschen so klingt, als wäre alles prima, wenn vorher ordentlich prognostiziert worden wäre, dass Trump gewählt wird. Nach dem Motto: Wenn irgendwann die Welt untergeht - bitte vorher Bescheid sagen. Dann ist okay.

Quelle: [Thomas Fricke auf Spiegel Online](#)

Anmerkung JK: *Leider ein ziemlich schlechter Beitrag von Fricke, der das übliche Narrativ, die "Loser" ohne Hochschulabschluss hätten Trump gewählt, zum x-ten Mal aufkocht. Da sind wir von Fricke bessere Analysen gewohnt. Die Erkenntnis, dass Trump als Angehöriger der US-Oligarchie, das Schicksal seiner Wähler aus der unteren Mittelschicht und der Unterschicht letztendlich egal ist, ist eher trivial. Nur weshalb reiten die deutschen "Qualitätsmedien" darauf herum? Auch in Deutschland*

wird seit Jahren Politik gegen die Mehrheit der Bürger betrieben, aber hier heißt es, dies sei "alternativlos".

3. **Bedienung, bitte!**

Es mag empathisch wirken, die neuen Dienstboten zu bemitleiden. Aber vielleicht schadet ihnen das mehr, als es hilft, sagt Lisa Nienhaus. Eine Antwort auf Julia Friedrichs. [...]

Dienstleister sind keine Diener und erst recht keine erbarmenswerten Lakaien. Mein Paketbote und seine Kollegen schauen mir selbstbewusst in die Augen. Und das, verdammt noch mal, zu Recht. Denn wer hat eigentlich gesagt, dass sich der Wert einer Arbeit und das Selbstwertgefühl eines Menschen vor allem daran bemessen, wie viel er verdient?

Quelle: [Zeit Online](#)

***Anmerkung unseres Lesers J.A.:** Dienstboten bei DHL, die für kaum 6 Euro die Stunde ausgebeutet werden und auch noch nach 20 Uhr unterwegs sind? Jeder Job ist besser als arbeitslos zu sein, das Schröder-Stoiber-Westerwelle-Mantra bildungsbürgerlich in Watte verpackt und mit Verständnissoße übergossen, von einer Frau, die sich ganz offensichtlich als etwas Besseres fühlt. Der ausländische Armuts- und Tagelöhner kann ja neben oder gar bei der Arbeit Deutsch lernen und findet dann sicher einen besser bezahlten Job, von denen es sich - nach Ansicht der Autorin - ganz viele gibt. Der amerikanische Traum ins Deutsche übersetzt. Der Niedergang der Zeitungen hat viele Vorteile, z. B. den, dass die Autorin, die auch sonst den Neoliberalismus in allen Schattierungen preist, in nicht zu ferner Zukunft die Medizin zu schmecken bekommen wird, die sie anderen mit Freude verabreicht.*

4. **Europäisches Semester: Das Problem heißt Schäuble**

„Der EU-Kommission dämmert, dass der Euro die Kürzungspolitik nicht überleben wird. Sie empfiehlt deshalb eine expansivere Finanzpolitik für die Eurozone. Das Problem heißt Schäuble“, kommentiert der Europaabgeordnete Fabio De Masi (DIE LINKE.) die Veröffentlichung des Herbstpakets zum Europäischen Semester durch die EU-Kommission.

Das Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments weiter: „Anders als in Portugal oder Griechenland mit der Troika, regiert die Kommission nicht in Berlin rein. Deutschland verletzt mit seinen Leistungsbilanzüberschüssen seit Jahren die europäischen Stabilitätsregeln und erzwingt so die Auslandsverschuldung der Euro-Partner.“

Quelle: [Fabio De Masi](#)

5. **CETA: Schulz will nur Ja-Sager zu Wort kommen lassen**

Das Präsidium des Europäischen Parlaments (EP) unter Martin Schulz hat gestern Nachmittag zwei Ausschüssen untersagt, eine Stellungnahme zu CETA abzugeben. Die Ausschüsse für Umwelt sowie für Soziales und Beschäftigung prüfen das Abkommen kritisch und hätten dem EP-Plenum vermutlich ein Nein zu CETA empfohlen. Ganz anders der CETA-freundliche Ausschuss für Außenpolitik: Seine Stellungnahme, die ein Ja empfiehlt, genehmigt Schulz.

Quelle: [attac.at](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Und da wundern sich die Sozialdemokraten auch noch darüber, dass Parteien wie die AfD immer beliebter werden.*

6. **Autobahnen: Investieren statt privatisieren**

Die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland ist marode, Straßen mit Schlaglöchern allgegenwärtig, jede zweite Brücke inzwischen unbefahrbar. Die Lösung heißt aber nicht Privatisierung. Der DGB-klartext.



Die Not ist also groß, der Handlungsdruck steigt. 130 Milliarden Euro sollen in den nächsten 15 Jahren in die Bundesfernstraßen investiert werden. Und das Geld ist reichlich vorhanden. Zum einen erzielt der Bundesfinanzminister einen Rekordüberschuss nach dem anderen, in diesem Jahr fast 20 Milliarden Euro. Zum anderen kriegt der Staat das Geld faktisch umsonst. Noch nie waren die Finanzierungsbedingungen für öffentliche Investitionen, z. B. in die Verkehrsinfrastruktur, so günstig wie jetzt. Zumal die jährliche Rendite der Verkehrsinfrastrukturinvestitionen, einer aktuellen Studie des Bundeswirtschaftsministeriums zufolge, rund 7,0 Prozent beträgt. Jeder vernünftige Häuslebauer würde jetzt investieren.

Quelle: [DGB klartext](#)

7. **Merkel: Beim Datenschutz nicht übertreiben**

Angela Merkel hat vor einer zu restriktiven Auslegung des Datenschutzes gewarnt. „Das Prinzip der Datensparsamkeit könne heute nicht die generelle Leitschnur sein für die Entwicklung neuer Produkte“, sagte Merkel am Donnerstag beim 10. Nationalen IT-Gipfel. Bei der Anwendung der im Mai in Kraft getretenen Datenschutz-Grundverordnung der EU müsse man aufpassen, „dass wir es nicht so restriktiv machen, dass das Big-Data-Management dann doch nicht möglich wird“.

Quelle: [FAZ](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.K.:** Die Vorstellungskraft eines jeden Pessimisten in Sachen Datenschutz wurde bisher immer von der Realität weit übertroffen und deklassierte diesen als naiven Optimisten. Orwells 1984 ist im Vergleich zur Realität doch nur eine harmlose Gute-Nacht-Geschichte. [...]*

8. PIAV, der Polizeiliche Informations- und Analyseverbund ist krachend gescheitert - der Bundesinnenminister entwickelt neue (alte) Visionen

Ein zweites Mal nach Inpol-Neu (2001/2002) ist ein Bund-Länder-Projekt der deutschen Polizeibehörden krachend gescheitert. Neun Jahre Konzeption und Entwicklung, intensive Kooperation zwischen Bund und Ländern in zahllosen Projektgruppen und Kosten in Höhe von mehr als 60 Millionen Euro konnten nicht verhindern, dass der PIAV, der Polizeiliche Informations- und Analyseverbund, nun eingestampft wird. Bundesinnenminister De Maizière verkündete das Aus in einem Nebensatz auf der diesjährigen Herbsttagung des Bundeskriminalamts. PIAV habe „wichtige Vorarbeiten“ geleistet. Für die Zukunft entwickelte er Wunschvorstellungen „Visionen“ unter schmissigen Begriffen, wie „Polizei 2020“ bzw. „BKA 2020“. Und kündigte an, dass der Bund den Ländern ein „einheitliches Fallbearbeitungssystem“ (=eFBS) künftig „kostenneutral“ zur Verfügung stellen werde.

Quelle: [Police IT](#)

9. Unsicherheit am Hindukusch

Bundesregierung verlängert Bundeswehr-Einsatz und beschönigt die Lage in Afghanistan, um Abschiebungen zu rechtfertigen
Das Bundeskabinett hatte erst am Mittwoch eine Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr bis Ende 2017 gebilligt. Der Bundestag muss der weiteren Stationierung von bis zu 980 deutschen Soldaten, die afghanische Sicherheitskräfte ausbilden und beraten sollen, noch zustimmen. Ein Taliban-Angriff auf das deutsche Konsulat in Masar-i-Scharif und ein Selbstmordanschlag auf den US-Stützpunkt Bagram hatten erst vor einer Woche verdeutlicht, dass die Sicherheitslage am Hindukusch weiterhin prekär ist. Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung umfangreiche Abschiebungen von Flüchtlingen nach Afghanistan angekündigt. Die afghanische Regierung wurde bereits vergangenen Monat durch finanzielle Erpressung zur Zusage gegenüber der EU-Kommission und der Bundesregierung genötigt, künftig besser bei der Aufnahme ihrer abgeschobenen Staatsbürger zu kooperieren.

Derzeit sind allerdings lediglich fünf Prozent der 247.000 in Deutschland lebenden Afghanen ausreisepflichtig. Um zumindest die Abschiebung dieser nur über eine Duldung verfügenden Afghanen zu legitimieren, spielt die Bundesregierung in einer aktuellen Antwort auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion die Sicherheitsrisiken in

Afghanistan herunter.

So sei die Sicherheitslage in den meisten größeren Provinzstädten »ausreichend kontrollierbar«. Eine Offensive der Taliban, die im Oktober die Stadt Kunduz überrannten, wird zur »möglichen zeitweisen Verschlechterung« heruntergespielt. Insgesamt habe sich die Sicherheitslage seit 2015 kaum verändert, heißt es unter Berufung auf den UN-Einsatz UNAMA. Die Vereinten Nationen haben allerdings erst vor wenigen Monaten »die höchste Zahl ziviler Opfer« seit Beginn dieser Erfassung im Jahr 2009 beklagt. Allein zwischen Januar und Juni 2016 gab es 1.601 Tote und 3.565 Verletzte.

Quelle: [Ulla Jelpke, junge Welt](#)

10. **“Viele Geflüchtete sind hoch motiviert zu arbeiten”**

Es wird viel über Flüchtlinge geredet, wenig mit ihnen. Jetzt hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Geflüchtete befragt - unter anderem zu Fluchtursachen, finanzieller Lage, Bildungshintergrund und ihren Ansichten zu Demokratie und Toleranz. DGB-Vorstand Annelie Buntenbach bewertet die Ergebnisse. Was lernen wir aus der Befragung?

„Sie bietet die Chance, Vorurteile gegenüber Geflüchteten abzubauen und schiefe Bilder geradezurücken. Die allermeisten sind vor Verfolgung, Krieg, Diskriminierung und Hungersnot geflohen. Diese Menschen suchen Schutz bei uns und haben sich für Deutschland entschieden, weil hier die Menschenrechte respektiert werden. Die geflüchteten Menschen sind mehr als bereit, sich bei uns zu integrieren - auch wenn die Schulbildung in vielen Fällen nicht mit unserer vergleichbar ist. Eine große Gruppe hat einen höheren Schulabschluss, 26% haben aber auch keinen Abschluss. Das ist häufig der Kriegssituation geschuldet.“

Quelle: [DGB](#)

11. **Die Zahl der Flüchtlinge aus Libyen und die Zahl der Ertrunkenen steigen**

Für Ärzte ohne Grenzen ist dies ein Weckruf, zumal im Nahen Osten und in Afrika neue und ungelöste Krisen und Konflikte zu neuen Flüchtlingsströmen führen. Gestern sind womöglich bis zu 100 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, die von Libyen nach Italien gelangen wollten. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF), die mit den Schiffen “Dignity I” und “Bourbon Argos” den Flüchtlingen hilft, berichtet, dass nur 27 Menschen vom britischen Militärschiff Enterprise gerettet werden konnten. Sie wurden von den Briten dem MSF-Schiff Argos übergeben. Sie seien “erschöpft, geschickt und traumatisiert” gewesen sein, so MSF-Koordinator Michele Felaro.

In dieser Woche sind damit bereits 340 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken, im ganzen Jahr mehr als 4200, 700 mehr als letztes Jahr. Befürchtet wird, dass weitere Flüchtlinge versuchen werden, über das Mittelmeer vor allem aus Libyen nach Europa

zu kommen, und dass aufgrund des schlechteren Wetters im Winter noch mehr ertrinken werden.

Quelle: [Telepolis](#)

12. **“Ein gespaltenes Land”**

Die Schriftstellerin Elif Shafak gilt als eine wichtige Stimme der türkischen Literatur. Scharf kritisiert sie die Politik in ihrer Heimat: Dass Autoren und Journalisten ins Gefängnis geworfen würden, sei inakzeptabel. Mit ihrem jüngsten Buch “Der Geruch des Paradieses” habe sie die Türkei als gesellschaftlich geteiltes Land beschreiben wollen.

Frank Meyer: Die Autorin Elif Shafak ist eine der ganz wichtigen Stimmen der türkischen Literatur, ihre Bücher wurden in mehr als 40 Sprachen übersetzt. In der Türkei selbst ist sie eine der am meisten gelesenen Autorinnen. Ihr jüngster Roman, “Der Geruch des Paradieses”, ist dort im Sommer erschienen und sofort auf Platz eins der Bestsellerliste gelandet.

Elif Shafak lebt in Istanbul und in London, sie schreibt auf Türkisch und auf Englisch. Ich habe vor der Sendung mit ihr gesprochen und sie zuerst gefragt nach ihrer Freundin, der Autorin Asli Erdogan. Asli Erdogan ist in der Türkei eingesperrt worden nach dem Putschversuch, und gestern haben wir erfahren, dass die Staatsanwaltschaft lebenslange Haft für sie beantragt hat. Elif Shafak, wie bewegen Sie solche Nachrichten aus der Türkei?

Elif Shafak: Ich bin sehr traurig darüber, das ist eine unakzeptable Situation. Dieses schreckliche Einschlagen auf die Journalisten, auf Autoren, auf Akademiker, wie man mit ihnen umgeht, dass sie ins Gefängnis geworfen werden, das ist absolut unakzeptabel. Sie sind Demokraten, die sich für den Frieden einsetzen, und diese Situation in der Türkei deprimiert mich sehr.

Wenn man sich anguckt, wie viele Freunde von mir, wie viele Kollegen im Gefängnis sind oder auf schwarzen Listen stehen oder sonst wie stigmatisiert werden. Da gibt es Asli Erdogan oder auch Necmiye Alpay oder Ahmet Altan - über 130 Journalisten sind im Gefängnis, zum Beispiel auch der Chefredakteur von “Cumhuriyet” ist im Gefängnis und Cartoonisten, Zeichner, alle möglichen Leute, die mit den Zeitungen zu tun haben. Das ist grundfalsch und fatal und unakzeptabel, diese Menschen ins Gefängnis zu stecken.

Quelle: [Deutschlandradio Kultur](#)

13. **Der Militarisierungshelfer**

Bundespräsident Joachim Gauck wirbt in Japan für eine weitere Militarisierung der japanischen Außenpolitik. Tokio stehe wie Berlin “in der Verpflichtung, mehr Verantwortung” in der Weltpolitik zu übernehmen, erklärte Gauck mehrmals während seines heute zu Ende gehenden Aufenthalts in dem ostasiatischen Land; dabei gebe es

“Extremfälle”, in denen “Diplomatie nicht mehr ausreicht”. Gaucks Äußerungen, die seinem Beitrag zu der vor rund drei Jahren gestarteten Kampagne für eine aggressivere deutsche Weltpolitik gleichen, erfolgen zu einer Zeit, zu der die japanische Regierung das Kriegsverbot der Verfassung immer mehr aushöhlt und im Südsudan den ersten Kampfeinsatz japanischer Soldaten nach dem Zweiten Weltkrieg in Aussicht nimmt. Gegen die Militarisierung der japanischen Außenpolitik, die mit einer immer engeren Kooperation der japanischen Streitkräfte mit der Bundeswehr einhergeht, regt sich breiter Widerstand. Auf dessen Schwächung zielten die Auftritte des deutschen Staatsoberhauptes in Japan. Strategischer Hintergrund der deutschen PR-Intervention ist das Streben nach einer Stärkung der westlichen Positionen in Ostasien – gegen China.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

14. **Sexualisierte Gewalt auch im Leistungssport**

Sexistische Sprüche, Grapschen oder körperliche sexuelle Gewalt: Laut einer Studie der Universität Ulm und der Sporthochschule Köln hat jede dritte Athletin oder Athlet im Sport bereits eine Form von sexuellen Übergriffen erlebt.

Unter anderem haben rund 1.800 Leistungssportlerinnen und Sportler an einer Befragung teilgenommen. Federführend für diesen Teil war die Uniklinik Ulm, Abteilung Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das Team um Marc Allroggen hat sowohl nach sexualisierter Gewalt mit Körperkontakt gefragt als auch nach sexueller Belästigung und Grenzverletzungen.

“Wenn wir diese weite Definition zu Grunde legen haben wir gezeigt, dass ungefähr ein gutes Drittel aller Sportlerinnen und Sportler von sexualisierter Gewalt im Sportverein betroffen gewesen sind bislang. Schauen wir uns nur den Bereich von sexueller Gewalt mit Körperkontakt an, so kann man sagen, dass etwa fünf Prozent der Sportlerinnen und etwa ein Prozent der Sportler betroffen gewesen sind.”

Sexistische Sprüche, Grapschen bis hin zu körperlicher sexueller Gewalt – jede dritte Athletin oder Athlet hat im Sport eine Form davon erlebt.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

15. **Profitable Schulen: Nationaler IT-Gipfel stellt Weichen**

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat in einer Studie über die Jugend von heute ermittelt: »Die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien ist zur bedeutendsten Freizeitbeschäftigung für sie geworden.« Demnach surft nahezu jeder 17jährige täglich durchs Internet, verkehrt in »sozialen Netzwerken«, chattet, shoppt und spielt mit Smartphone oder Tablet. Einer früheren Untersuchung zufolge opfern die Heranwachsenden dafür fast vier Stunden pro Tag, nicht wenige sind sogar pausenlos online. Was schließt das DIW aus den Zahlen? »Es besteht eine zu starke Kluft zwischen der Medienpräsenz der

Jugendlichen in der Freizeit und dem Einsatz digitaler Medien in der Schule.« Darauf muss man erstmal kommen.

Quelle: [junge Welt](#)

16. **Das Letzte: Ackermann will nicht auf umstrittene Boni verzichten - aus Solidarität**

Als Josef Ackermann die Bühne des SZ-Wirtschaftsgipfels im Berliner Hotel Adlon betritt, ist die Meldung keine 24 Stunden alt: Die Deutsche Bank will mehreren ihrer Ex-Vorstände die bereits zugesagten Boni streichen. Betroffen sein sollen unter anderem Anshu Jain, Jürgen Fitschen - und eben Josef Ackermann, der sich auf dem Podium den Fragen stellt. Deshalb interessiert an diesem Nachmittag vor allem: Wird Ackermann auf seine Bonuszahlungen verzichten?

Darüber reden will Ackermann sichtlich nicht. Erst ein, dann zwei und schließlich ein drittes Mal windet sich der ehemalige Deutsche-Bank-Chef um das Thema herum. Beim vierten Mal sagt er dann, dass er nichts sagen könne. Und dass er nicht verzichten könne, auch wenn er gern verzichten würde. Er müsse an seine Kollegen denken, deren Boni auch zur Disposition stünden, sagt Ackermann. "2008 habe ich auf meine fünf Millionen verzichtet und die anderen damit unter Druck gesetzt." Das könne er heute nicht mehr tun, schließlich könne er als ehemaliger Deutsche-Bank-Chef nicht für jüngere Manager mitentscheiden.

Quelle: [Süddeutsche](#)